



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

H., J.: Unser Freund der Sultan

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Unser Freund der Sultan

Non Zeit zu Zeit verwandelt sich der europäische Seniorenkonvent der Türkei gegenüber in ein medizinisches Kollegium, das zu einer Konsultation über das Befinden des kranken Mannes zusammentritt. Wenn es dabei ohne Operation und Amputation abgeht, mag die Türkei von Glück sagen. Zeitweilig greifen auch nur die Spezialisten ein, Rußland und Österreich, ihr neuestes Rezept ist das Würzsteger Programm. Sein Inhalt ist aus der Tagespresse genügend bekannt. Bei genauerer Prüfung stellt sich heraus, daß die Schwierigkeiten, über die es hinweghelfen sollte, für Rußland mindestens ebensogroß waren und heute noch sind, wie für die Türkei. Hätte man dieser freie Hand gelassen, das Übel an seiner Wurzel aufzusuchen und abzuschneiden, so würde es dem türkischen Heere wahrscheinlich weniger schwierig gewesen sein, die bulgarische Armee zu schlagen und in Sofia ein Exempel der oberlehnsherrlichen Gewalt des Sultans zu statuieren, als auf unwegsamen Gebirgspfaden mit den bulgarischen Banden einen mörderischen Guerillakrieg zu führen. Der türkische Soldat ist ein Soldat für die Feldschlacht, da kann geschickte Führung viel aus ihm machen. Das bulgarische Heer ist noch unerprobt, wenigstens den Türken gegenüber. Fürst Alexander hat seinerzeit die Serben zu Paaren getrieben und würde sie völlig niedergeworfen haben, wenn Österreich nicht die schützende Hand darüber gehalten und den siegreichen Einbruch des Bulgarenfürsten in die österreichische Machtsphäre bei Pirot verhindert hätte. Jedoch, die Serben zu besiegen war nicht sehr schwer, auch fiel der Löwenanteil wohl der heldenmütigen Soldatennatur des Fürsten Alexander zu und der Schule des deutschen Heeres, aus dem er hervorgegangen war. Er hat das noch in den letzten Jahren seines Lebens als österreichischer Regiments- und Brigadefeldkommandeur bewiesen. Als bei den Günsen Manövern von 1893 vieles drunter und drüber ging, und Kaiser Franz Joseph erregt und ungehalten wurde, hatte Graf Hartenau, der Sieger von Slivniza, seine Truppen so fest und sicher in der Hand, daß der deutsche Kaiser und König Albert von Sachsen zu ihm heranritten und ihm Worte höchster Anerkennung sagten, denen dann auch Kaiser Franz Joseph beistimmte. Unter solcher Führung würde die bulgarische Armee auch vielleicht gegen das türkische Heer der acht-

ziger Jahre siegreich gewesen sein. Heute ist die türkische Armee, wie der griechische Krieg erwiesen hat, eine wesentlich andre, während dem bulgarischen Heere der Hauch soldatischen Geistes und soldatischer Treue fehlt, die moralischen Potenzen, ohne die ein dauernder Erfolg nicht denkbar ist. Die Neigung zum Verschwörertum, das sich einst an der Person des Fürsten Alexander vergriff, der seine Offiziere zu früh mit deutschem Maßstabe gemessen hatte, ist schwerlich durch eine Regierung beseitigt worden, bei der durch allen Wechsel der Ministerien der Geist der Verschwörung fast allein das bleibende ist. Der makedonische Aufstand hat das von neuem bestätigt.

Nach dem gesamten Gange der russischen Politik seit 1878 konnte Kaiser Nikolaus einen Zusammenstoß zwischen der Türkei und Bulgarien nicht zulassen, Rußland wäre unvermeidlich zur Parteinahme gezwungen gewesen in einem Augenblick, wo es seine ganze Aufmerksamkeit auf Asien richtet; dort hat es weit mehr zu verlieren, als im Orient jetzt zu gewinnen wäre. Die bulgarische Agitation in Makedonien, die da eigentlich zu den ständigen Einrichtungen gehört, hatte schon im März 1902 den Vertretern Rußlands und Österreichs Anlaß zu Vorstellungen in Sofia geboten, die zur Folge hatten, daß die bulgarische Regierung die makedonischen Komitees in Sofia mit Auflösung bedrohte, sofern sie sich nicht in den gesetzlichen Grenzen hielten. Bald darauf erließ sie jedoch an ihre Vertreter im Ausland ein Zirkular, worin sie den türkischen Behörden die Schuld an der Lage in Makedonien und im Wilajet Adrianopel beimaß. Im Juni ging dann der Fürst nach Petersburg, um sich der russischen offiziellen Beteiligung an der Schipkafest zu vergewissern. Obgleich sich der Vertreter des Zaren, Großfürst Nikolaus, bei dieser Feier — wohl unter dem Einfluß der rechtzeitigen Entdeckung eines beabsichtigten Attentats — ziemlich kühl verhielt und seinen Rückweg über Konstantinopel nahm, um einen ungünstigen Eindruck, den die Feier auf den Sultan gemacht haben mochte, zu verwischen, so war es doch zweifellos, daß der Glaube an eine wohlwollende Unterstützung der bulgarischen Pläne durch den Zaren in ganz Bulgarien aus dem Vorgange neue Nahrung erhielt; die Eröffnungsrede an die Sobranje am 28. Oktober wies auf dieses Wohlwollen des Zaren ganz ausdrücklich hin. Es konnte unter solchen Umständen nicht wunder nehmen, daß der Aufstand in Makedonien um jene Zeit sehr viel lebhafter wurde, sodaß der Petersburger amtliche Regierungsbote am 13. Dezember die Regierungen von Bulgarien und Serbien ernstlich warnte, „im eignen Interesse“ die gefährliche Agitation zu verhindern. Acht Tage später machte sich Graf Lambsdorff selbst auf den Weg über Sofia und Belgrad nach Wien, um an jenen Orten energisch Ruhe zu gebieten, in Wien aber die nötigen Schritte zu vereinbaren, ein Weitergreifen des makedonischen Brandes unter allen Umständen zu verhindern.

Inzwischen war im November das erste türkische Reform-*Irâdê* ergangen. Es beruhte auf einem Vorschlage des russischen Botschafters Sinowjew in Konstantinopel, der als einer der besten Kenner des Balkans und des türkischen Reichs gilt. Kaiser Nikolaus hatte in Livadia Turhan Bey, der als außerordentlicher Botschafter zur Begrüßung im Namen des Sultans erschienen war,

empfangen. Turkhan Bey hat dann den russischen Vorschlag mit nach Konstantinopel genommen, und die Pforte war gegenüber den bulgarischen Kriegstreibern widerwillig darauf eingegangen.

Die Reise des russischen Ministers des Auswärtigen, zumal gerade um solche Jahreszeit gewiß ein außerordentlicher Schritt, war verursacht durch die Erkenntnis, daß es einer sehr starken Aktion bedürfen werde, einmal um jenen bulgarischen Kriegstreibern ein Ende zu machen, die — unter welchen Einflüssen, mag dahingestellt bleiben — offenbar darauf ausgingen, einen Krieg zwischen der Türkei und Bulgarien herbeizuführen, der dann die Einmischung der Mächte und die Vereinigung Makedoniens mit Bulgarien zur Folge haben sollte. So leicht bauten sich die bulgarischen Luftschlösser. Wollte man aber dieser Agitation gegenüber zu einem Resultat kommen, so mußte die Pforte zu Reformen genötigt werden, die den Bulgaren jeden ersten Vorwand zu weiteren Unruhen und auch gewissen europäischen Mächten jeden Vorwand nahmen, die türkischen Konzessionen für unzureichend zu erklären.

So standen die Dinge, als Graf Lamsdorff am 29. Dezember vorigen Jahres in Wien eintraf. Von langer Hand her hatte die russische Politik in dem Augenblick, wo sie sich zum Vorgehn im großen Stil in Asien entschloß, sich der österreichischen Rückendeckung in den Balkanfragen versichert. Die kretische Frage und der griechisch-türkische Krieg hatten Rußland und Österreich im Jahre 1897 bewogen, ihre beiderseitigen Interessen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen; das Ergebnis war eine Übereinstimmung auf der Basis des status quo auf dem Balkan. Somit konnten bei Ausbruch des Krieges die Vertreter aller Mächte in Athen der griechischen Regierung eine Note überreichen, worin erklärt wurde, die Mächte würden dem Angreifer nicht erlauben, auch nur den geringsten Vorteil aus dem Angriff zu ziehn. Vier Wochen später sah sich Griechenland genötigt, die guten Dienste der Mächte zur Beendigung des Krieges anzurufen. Inzwischen war Kaiser Franz Joseph vom 27. bis zum 29. April zum Besuch in Petersburg gewesen, der sehr glänzend verlief. Kaiser Nikolaus, der seine Worte genau zu wägen versteht, betonte in einem Trinkspruche „die Gemeinsamkeit der Ansichten und Grundsätze“ sowie „die vollkommene Solidarität“ unter ihnen. Kaiser Franz Joseph erwiderte mit einer Betonung der engen Freundschaft und der „Gefühle gegenseitiger Achtung und Loyalität.“ Noch am Tage der Abreise des Kaisers, 29. April, richteten Graf Goluchowski und Graf Murawiew identische Noten nach Belgrad, Bukarest, Cetinje und Sofia, worin sie die korrekte Haltung dieser Staaten „in der gegenwärtigen Phase der europäischen Türkei“ anerkannten und betonten, daß beide Souveräne fest entschlossen seien, den allgemeinen Frieden, das Prinzip der Ordnung und den status quo aufrecht zu erhalten. In Bukarest empfand man es mit Recht peinlich, daß Rumänien in diesem Erlaß mit den kleinen Balkanstaaten auf eine Stufe gestellt wurde, zumal da Kaiser Franz Joseph erst im Sommer zuvor dort als Gast geweilt hatte. Die Erwiderung lautete höflich, die Politik Rumäniens sei stets dahin gegangen, den Bemühungen der Großmächte zur Erhaltung des allgemeinen Friedens dienlich

zu sein. Im Dezember erklärte dann Minister Stourdza in der Kammer, Rumänien gehöre nicht zu den Balkanstaaten und nehme nicht an deren Gärungen teil; es gehöre zur europäischen Familie und unterstütze die Mächte in dem Bestreben, den Frieden zu erhalten. Ein Besuch des rumänischen Königspaares im September in Pest beim Kaiser Franz Joseph hatte inzwischen durch die Herzlichkeit des Empfangs und namentlich durch einen für den König Karl sehr ehrenvollen und warmen Toast des Kaisers den verstimmenden Eindruck beseitigt.

Im November 1897 betonte die Ansprache des österreichischen Monarchen an die Delegationen, daß zu den Bürgschaften des Friedens, die der Dreibund biete, „die freundschaftliche Ausgestaltung des Verhältnisses zu Rußland“ hinzuge treten sei, das als „ein Verhältnis gegenseitigen Vertrauens“ charakterisiert wurde. Wenig Tage später äußerte sich Graf Goluchowski über die Grundlagen des neuen Verhältnisses. Eine offene loyale Ansprache habe zu der Überzeugung geführt, daß keine unausgleichbaren Differenzen zwischen beiden Reichen vorhanden seien, solange beide für die Aufrechterhaltung des status quo einträten, jeden Eroberungsgedanken auf der Balkanhalbinsel weit zurückwiesen und ebenso fest entschlossen seien, die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Balkanstaaten mit Ausschluß jeder präponderierenden Einflußnahme auf deren innere Geschichte zu respektieren. Von den orientalischen Wirren in erster Linie berührt, hätten beide Mächte allen Grund, zusammenzuhalten und in beständiger Fühlung zu verbleiben, um jede Ausartung entstehender Bewegungen zu verhindern „und dem bisherigen Treiben der spekulativen Geister am Balkan, die beide Mächte gegeneinander auszuspielen suchten, ein Ende zu machen.“

Es sind dies die Grundlagen der im April 1897 in Petersburg geschlossenen Konvention, die immerhin noch Abmachungen für besondere Fälle enthalten mag. Auf dieser Grundlage ist um die Jahreswende 1902/03 zwischen dem Grafen Lambsdorff und dem Grafen Goluchowski in Wien ein neuer, weitergehender Reformentwurf vereinbart worden. Im Laufe des Januars wurde der Entwurf dann von den Botschaftern beider Mächte in Konstantinopel im Detail ausgearbeitet. Nachdem er das Einverständnis beider Kabinette gefunden hatte, wurde er am 4. Februar dieses Jahres den Großmächten, die den Berliner Vertrag unterzeichnet haben, mit dem Ersuchen um Unterstützung mitgeteilt, die allseitig zugesagt wurde. Die Überreichung an die Pforte erfolgte am 21. Februar in Form einer gemeinsamen Note Rußlands und Österreichs. Fünf Tage später erging eine „Mitteilung in Angelegenheiten Makedoniens“ im Petersburger „Regierungsboten“, die diesen Schritt allgemein bekannt gab und erläuterte. Es wurde darin nochmals ausgesprochen, daß Rußland „weder einen einzigen Blutstropfen seiner Söhne, noch den aller kleinsten Besitztum des russischen Volks“ opfern werde, falls die slawischen Staaten den ihnen gegebenen Ratschlägen zuwider den Entschluß fassen sollten, durch revolutionäre und Gewaltmittel eine Veränderung des gegenwärtigen Regimes auf der Balkanhalbinsel herbeizuführen.

Trotz der auch diesmal wiederum erklärten prinzipiellen Bereitwilligkeit

des Sultans sind diese Vorschläge doch in der Hauptsache auf dem Papier geblieben. Der Terrorismus, den die bulgarischen Revolutionskomitees ausübten, die Dynamitverbrechen in Salonichi und gegen die Eisenbahnlinien mußten es der türkischen Regierung schwer machen, Reformen durchzuführen, zumal in einem revolutionierten Lande, wo sie zunächst doch erst ihre Autorität herzustellen hatte, die diese Reformen einleiten und durchführen sollte. Der bulgarische Terrorismus, der vor nichts zurückschreckte, rief schließlich auch den mohammedanischen Fanatismus wach, und die türkischen Behörden hatten die größte Mühe, die Truppen auf die Beine zu bringen, die zur Beruhigung des Landes gebraucht wurden, um den Ausbrüchen des Fanatismus vorzubeugen. So geschah es, daß die Reformen wenig von der Stelle kamen und wenig wirksam wurden. Die eine Zeit lang sehr bedrohliche und zweifelhafte Haltung der bulgarischen Regierung, während der Fürst auf eine längere Reihe von Wochen außer Landes ging, mußte der Pforte allerdings alles andre nahelegen, als Reformen, zu denen sie doch Geld brauchte, das nicht einmal für die militärischen Zwecke vorhanden war. Das Zögern der Pforte veranlaßte aber, daß bei andern Mächten, namentlich bei England, allmählich die Neigung hervortrat, eine weitergehende Politik einzuschlagen und deren Durchführung selbst in die Hand zu nehmen, namentlich die Herstellung lokaler, von der türkischen Herrschaft unabhängiger Autonomie herbeizuführen. Es gewann eine Zeit lang den Anschein, als ob man in Sofia auf diese Aktion warte. Infolgedessen haben sich Österreich und Rußland bei dem Besuch, den Kaiser Nikolaus dem Kaiser Franz Joseph auf dem steirischen Jagdschlosse Mürzsteg abstattete, zu einem neuen Reformentwurf, dem Mürzsteger Programm, geeinigt, dessen Kern allerdings die Herstellung, lokaler wenn auch nicht unabhängiger Autonomien bildet. Es ist das freilich eine Form, die das Aufhören der türkischen Herrschaft auf dem Balkan ebenso beschleunigen wie auf längere Zeit hinaus verhindern kann, das letzte allerdings nur bei großer Geschicklichkeit der Türkei. Der Pforte ist ausgesprochen worden, es handle sich hierbei um das Minimum dessen, was die Mächte zu verlangen entschlossen seien, durch eine Weigerung werde sie nur bedeutend weitergehende Ansprüche hervorrufen. In diesem Sinne hat sich auch Deutschland der Unterstützung des russisch-österreichischen Vorschlags in Konstantinopel angeschlossen, dabei aber die ihm angebotene Ernennung eines Befehlshabers der zu errichtenden internationalen Gendarmerie, sowie überhaupt die Stellung von Offizieren zu dieser abgelehnt. Deutschland hätte davon nur eine Verwicklung in die orientalischen Handel zu besorgen gehabt; man würde in den deutschen Offizieren Agenten der deutschen Politik gesehen und dieser daraufhin alles mögliche angedichtet haben. Im Interesse der Türkei selbst wäre die Stellung deutscher Offiziere für diese Gendarmerie freilich vielleicht das vorteilhafteste und nützlichste, weil sie ohne jeden politischen Hintergedanken kämen, denn Deutschland ist die einzige Großmacht, die mit der Türkei territoriale Berührungen weder hat noch anstrebt, auch ohne Ansprüche auf das dereinstige türkische Erbe ist.

Deutschland hat im Gegenteil an der Erhaltung der Türkei nicht geringes Interesse. Zunächst das politisch-militärische. Seit den Tagen Friedrichs des

Großen ist in Berlin eine militärisch in die Wage fallende türkische Macht immer als ein nützliches Gegengewicht gegen Österreich wie gegen Rußland angesehen worden. Gegen Österreich käme die Türkei heute in diesem Sinne nicht mehr in Betracht, wohl aber könnte das bei einem russischen Angriff auf Deutschland der Fall sein. Auch ist für den Frieden Europas eine kriegsbrauchbare türkische Armee sehr viel nützlicher als die vielen kleinen unbeschäftigten und von allerlei politischen Intriguen durchsetzten Heere der Balkanstaaten, die noch auf lange Zeit hinaus ein Element der Beunruhigung sein werden, wie wir das fortgesetzt an Serbien sehen; in Bulgarien ist es nicht viel anders.

Sodann kommt das wirtschaftliche Interesse, die Erhaltung des Marktes für Deutschland in Betracht. Bei einer Eröffnung der türkischen Erbschaft in Europa würden die wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Balkanstaaten zunächst ihrer politischen Anlehnung folgen, d. h. den verschiedensten europäischen Mächten, die dort unmittelbar eingreifen. Deutschland hat somit im Hinblick auf diese dereinstige Eventualität keinen Grund, die einzelnen Völkerschaften dauernd gegen sich einzunehmen, da sie doch Käufer deutscher Waren auch nach dem Erlöschen der türkischen Herrschaft bleiben sollen. Deutschland ist ferner interessiert an dem Schiffsahrtswege auf der Donau, der heute, sobald er die ungarische Grenze überschritten hat, in den Händen von Serbien, Bulgarien und Rumänien ist und die türkische Suzeränität über Bulgarien jedenfalls lange überdauern wird. Gegenwärtig laufen die bulgarischen Aspirationen: Königswürde und Erwerb von Makedonien, zunächst dem status quo zuwider, denn beide Aspirationen sind nur im Kampfe gegen die von Europa anerkannte, 1878 noch einmal feierlich sanktionierte türkische Oberherrschaft zu verwirklichen. Ein bulgarischer „König“ könnte nicht Lehnsmann der Pforte sein. Die Erschütterung der Türkei durch den damaligen Krieg hatte freilich dazu geführt, daß das Verhältnis Bulgariens zur Pforte ein viel loseres wurde, als in dem Berliner Vertrage vorgesehen war, auch die Persönlichkeit des Fürsten Alexander hatte dazu viel beigetragen. Da sich aber auch Rußland und Österreich für den status quo verbündet haben, so ist nach gewöhnlicher menschlicher Logik die Türkei der Dritte in diesem Bunde, da sie ihrerseits gewiß nichts sehnlicher wünscht, als die Erhaltung dieses status quo. „Wir verlangen ja weiter gar nichts, also laßt uns doch in Ruhe!“ können die Türken mit einigem Recht zu Rußland wie zu Österreich sagen. Aber da die Erhaltung des jetzigen Herrschaftszustandes nur unter ziemlich weitgehenden Konzessionen möglich ist, an deren Notwendigkeit die türkische Miswirtschaft, zumeist der Provinzialbehörden, die Schuld trägt, so wird die Türkei Opfer bringen müssen, wenn sie verhindern will, daß die westmächtlige Gruppe nicht mit viel weitergehenden Forderungen auftritt, die vielleicht nur um den Preis eines großen Krieges verhindert werden könnten. Den Rat, von zwei Übeln das kleinere zu wählen, hat auch Deutschland in Konstantinopel gegeben. Sowohl die persönliche Freundschaft Kaiser Wilhelms für den Sultan als das deutsche Interesse an der Erhaltung des türkischen Besitztandes geboten diesen Schritt, entgegen der Annahme, daß Deutschland auf Rußland und Österreich hätte einen abmahnenden oder doch modifizierenden Druck ausüben sollen.

Deutschland ist nicht mit allen Einzelheiten des Mürzsteger Programms einverstanden, die es zum Teil als undurchführbar betrachten mag. Aber die nötige Modifikation darf es getrost der Praxis überlassen, „denn hart im Raume stoßen sich die Sachen,“ und am diplomatischen Schreibtisch in Wien oder in Petersburg sieht sich immerhin manches anders an als in den elenden Gebirgsdörfern des Balkans; auch die europäischen Mitregenten, die den türkischen Behörden an die Seite gesetzt werden sollen, werden sich in mancher Beziehung vor der Macht der Tatsachen beugen müssen.

Deutschland kann hier nur der ernste Zuschauer bleiben. Das bekannte Bismarcksche Wort, „daß Bulgarien uns nicht die Knochen eines pommerischen Musketiers wert ist“ (die Presse zitiert meist unrichtig „Grenadiers“), bleibt auch fernerhin die Richtschnur der deutschen Politik, sogar in dem erweiterten Sinne: der ganze Balkan ist uns nicht die Knochen eines deutschen Soldaten wert. Geht die Unfähigkeit der türkischen Regierungskunst soweit, daß sie trotz des Wohlwollens Rußlands und Österreichs diese Gebiete nicht behaupten kann, so kann sich Deutschland nicht in einen Gegensatz zu den beiden andern Kaisermächten stellen, hinter denen obendrein England, Frankreich und Italien stehn würden. Dann müssen sich eben die Geschicke der Türkei erfüllen. In Konstantinopel sollte man einsehen, daß Deutschlands Rat, den russisch-österreichischen Forderungen bis an die Grenze des Möglichen Folge zu leisten, ein wahrer Freundesrat ist, den Deutschland erteilen mußte, auch wenn es nicht in so nahen Beziehungen zu den beiden andern Kaisermächten stünde. Aber auch die Freundschaft mit diesen gebietet uns diese Stellung. Je schneller und vollständiger der Sultan die politische Zahlung leistet, desto billiger wird er davon kommen; je länger er säumt, desto teurer wird die Sache unvermeidlich für ihn werden. Die allgemeine Situation ist jetzt der des Krimkrieges gerade entgegengesetzt. Diesmal sind es die Westmächte, die das Türkische Reich — wenigstens in Europa — mit einer Auflösung bedrohen, während Rußland zurzeit ehrlich um die Konservierung der türkischen Herrschaft, wenigstens der türkischen Oberhoheit bemüht ist. Da es nicht zulassen kann, daß die Bulgaren usw. durch England emanzipiert werden, würde es sich an die Spitze weitergehender Forderungen stellen, d. h. die Auflösung der türkischen Herrschaft in Europa betreiben müssen, wenn seine jetzigen im Verein mit Österreich unternommenen Vorschläge scheitern sollten. Dem Fürsten Alexander hat es Land und Thron und infolge der schweren seelischen Erschütterung auch wohl schließlich das Leben gekostet, daß er unter englischem Protektorat die Annexion Ostromeliens vollzog, und daß der englische Hof für seine Vermählung mit einer Berliner Enkelin der Königin Viktoria tätig war. Auch wenn der Petersburger Hof sich über den Verlust des russischen Einflusses in Bulgarien hinwegsetzen wollte, das russische Volk würde es nicht tun. Eine kluge türkische Politik wird also unabweisbar die Freundschaft zu Rußland so pflegen müssen, daß dieses sich nicht dazu gedrängt sieht, mit dem bulgarischen Hebel die türkische Herrschaft in Europa aus den Angeln zu heben. Bei dem schweren Liquidationsprozeß, der sich dann ergeben würde, wäre es die Türkei, die unter allen Umständen verlöre, es wäre sogar fraglich, ob sie auch nur die asiatische Herrschaft zu retten vermöchte. Auch in Konstantinopel scheint man sich dieser

Einsicht nicht zu verschließen in der Erkenntnis, daß England sonst unvermeidlich das türkische Feuer anzünden würde, schon um dem russischen Vordringen in Asien Halt zu gebieten.

Die Lage fordert die schweigende aber geschärfte Wachsamkeit auch der deutschen Politik heraus.

H. J.



Vom Wettbewerb der Lebensversicherungsanstalten in Deutschland



n Deutschland bestehn 45 Lebensversicherungsanstalten. Die Auswahl, die dem Publikum zu Gebote steht, ist also groß genug, zumal da neben den einheimischen auch noch eine Reihe ausländischer Anstalten in Deutschland Geschäfte abschließt. Obwohl nun die Kreise, an die sich die Angebote der Lebensversicherungsunternehmungen wenden, den ganzen Bevölkerungstatus umfassen, sodaß fast alle Gesellschaften Jahr für Jahr reiche Ausbeute erzielen, so hat sich doch der Wettbewerb unter den Versicherungsanstalten gerade in Deutschland immer schärfer gestaltet. Man kann wohl sagen, daß in keinem andern Lande der Welt die Konkurrenzthätigkeit der Lebensversicherer so heftige Fehden, dann aber auch einen so hohen Grad von Leistungen hervorgerufen hat.

Gewöhnlich pflegen sich die Produzenten, wofür in unserm Falle die Lebensversicherungsanstalten anzusehen sind, nach Aufgebot der stärksten Kampfmittel gegeneinander zu einem Ring, Syndikat oder Trust zusammenzuschließen, um dem Konsumenten als „gemeinsamem Feind“ geschlossen gegenüber zu treten. In andern Ländern, wie z. B. in Frankreich, besteht unter den Lebensversicherern eine Uniformierung ebenso in bezug auf die Tarife wie auf die Versicherungsbedingungen, sodaß — da alle Gesellschaften fast genau dasselbe bieten — für einen heftigen Konkurrenzkampf der Anlaß fehlt. Daß eine solche Übereinkunft in Deutschland nicht möglich ist, liegt erstens daran, daß die Verschiedenheit der einzelnen Anstalten in ihren Leistungen sehr groß ist, und zweitens an dem Prinzipienstreit zwischen „Aktie“ und „Gegenseitigkeit“, der sich wie ein roter Faden durch die deutsche Affekuranzgeschichte zieht. So wenig sich äußerlich der Betrieb einer Gegenseitigkeitsanstalt von dem einer Aktiengesellschaft unterscheidet (viele Versicherte wissen überhaupt nicht, welcher Gruppe ihre eigne Anstalt angehört!), so scharf werden die Unterschiede von beiden Lagern betont. Die Gegenseitigkeit, die in den übrigen Kulturländern (mit Ausnahme der nordamerikanischen Union) eine mehr oder weniger untergeordnete Rolle spielt, ist in Deutschland zu einer höchst bedeutungsvollen Entwicklung gelangt; da sie die Form des genossenschaftlichen Betriebsunternehmens darstellt, bei dem die Versicherten zugleich die Gesellschaftseigentümer sind, widerstrebt sie ihrer Natur nach einem Zusammenschluß mit den reinen Erwerbgesellschaften, die von Aktionären gegründet und betrieben werden. Die mächtige Stellung der großen Gegenseitigkeitsanstalten in Deutschland